

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dienstzeit: Nachrichten Dresden.
Schriftsatz-Sammelnummer: 26 241.
Rheinische Zeitungszettel: 20 011.

Lobeck & C. 16 mal prämiert
Firma gegründet 1838

Schreinung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 2840.
Dienst u. Verlag von Lobeck & Reichart in Dresden.
Postleitzahl 10 296 Leipzig.

Bezugs-Gebühr Wochentwölfte in Dresden und Umgebung bei postmischer Zeitung am Sonn- und Montag ab 10 Uhr. Einmal wöchentlich wird die Post ohne Bezahlung ab 10 Uhr. Montag ab 10 Uhr. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ gestattet. — Unzeigen-Preise. Die einzige Zeile 20 Pf. Verteilung auf 20 Zeilen. — Ausgabe gegen Voranzeige. — Beleg 10 Pf.

Gesangbücher
— in großer Auswahl. —
Albert Rehfeld 22 Pirnaischer Platz.
Verkauf an Wiederverkäufer.

KIOS
CIGARETTEN

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glasfabriken des In- und
Auslands empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wih. Rihl & Sohn, Inh.: Hedwig verw. Rihl
Gegründet 1848. Neumarkt 11. Fernspr. 14277.

Neue Schwierigkeiten in der polnischen Frage.

Die Lage im Osten auf des Messers Schneide.

Polen, Tschechen und Bolschewisten sind in den heutigen Ostmarken des Reiches gemeinsam am Werk, um ihre Ränder und Raublust an deutschem Gebiet und Eigentum zu befriedigen, und immer noch ärgert die deutsche Öffentliche Meinung, die ungeheure Gefahr, die von dort heraustritt, zu begreifen, immer noch will das von allzu großem Gelben kumpf gewordene nationale Empfinden sich nicht dazu verstehen, den letzten Rest von der ihm verbliebenen Energie zusammenzuraffen, um mit allen noch verfügbaren Kräften zu retten, was überhaupt noch zu retten ist. In Polen steht es am schlimmsten aus, und es scheint tatsächlich kaum noch Möglichkeit vorhanden zu sein, diese Provinz für uns zu erhalten. Eine deutsche Kommission hat in der letzten Zeit in Polen mit Vertretern der Entente verhandelt, aber auf Schritt und Tritt die Erfahrung machen müssen, daß unsere Gegner ausgesprochene Bolschewisten sind, die deren Treiben überall beschönigen und sich zu seinem noch so gebietierisch von der Gerechtigkeit geforderten Entgegenkommen gegen unsere bestgeklärten Ansprüche herstellen wollen. Sogar im Verhältnis ist die Bestimmung der Ententemitglieder-Kommission in Belgien zum Maß zum Ausbruch gekommen, und das hat die deutschen Militärs veranlaßt, ihre Tätigkeit einzuhüllen und den polnischen Staub Polens von ihren Füßen zu schütteln. Es zeigt sich also hier dieselbe Erscheinung wie in Spa, daß die Vertreter der Entente ihr alle Schranken durchbrechendes hochmütiges Siegesgefühl nicht einmal in den äußersten Formen zu zügeln verstehen; aus diesem Grunde hat besonders auch General v. Winterfeldt, der seine und vornehmlich die Waffenschule der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, sein Amt niedergelegen müssen. Angesichts dieser allen Regel des Völkerrechts und des internationalen Anstands widersprechenden Haltung der Ententekonsulden ist es nicht zu verwundern, daß die Polen den Waffenstillstand und die festgesetzte Grenzlinie als für sich nicht verbindlich betrachten, sondern unbedingt darum ihren Angriff fortsetzen, in dem leider nur zu begründeten Vertrauen, daß man ihnen von Seiten des Verbandes alles durch die Finger schen werden.

Eine wesentliche Verschärfung hat die allgemeine Lage im Osten dadurch erfahren, daß außer Polen auch Westpreußen und Schlesien mehr und mehr der polnisch-schlesischen Bedrohung ausgesetzt sind, wobei ebenfalls wie in Polen die Bolschewisten in rostloser agitatorischer Hebe mitwirken und die Bahn für den militärischen Einfall freimachen. Die Gefahr in Westpreußen ist so drohend geworden, daß der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa in dringlicher Weise die Ententevertreter gebeten hat, die zur Bekämpfung des Bolschewismus im Osten geplanten Truppensendungen nicht über Danzig durch Wehrkreisen zu leiten, sondern sie in Libau, Memel, Pillau und Königsberg auszuschiffen, da ihr Er scheinen in Westpreußen nur das Signal zu blutigen Aufständen in der bereits vom Bolschewismus durchwühlten Provinz geben würde. Die polnischen Truppen haben sich bei Thorn gesammelt und warten allem Anzeichen nach bloß auf die Ankunft der Ententetruppen in Danzig, um den Einbruch zu beginnen.

In Oberschlesien hat die polnische Propaganda weit Hilfe der Spartakisten, die Geister mit solchem Erfolge ausgespielt, daß im dortigen Kohlenrevier von 64 Gruben 28 feiern. An der oberschlesischen Grenze ist eine polnische Truppenmacht von 30 000 Mann zusammengezogen. Die Meldung, daß die Vorhut bereits deutschen Boden erreicht habe, ist zwar den Tatsachen vorausgegangen und hat ein bestimmtes Element erhaben. Trotzdem kann kein Einsichtiger die Augen davor verschließen, daß die unmittelbare polnische Gefährdung Oberschlesiens eine greifbare Tatsache ist. Dazu kommt, daß an der Südgrenze Schlesiens die Tschechen bereitstehen, um sich des alten Gebietes zu bemächtigen. Von tschechischer Seite sind zwar feindliche Truppen wiederholte Angriffe gefestigt worden, und es mag sein, daß die leitenden Kreise der tschechischen Republik bisher noch keine festen Entschlüsse gefestigt haben. Wenn aber einmal der polnische Einfall in Oberschlesien Gestalt annimmt und die Bolschewisten dort Oberwasser bekommen, muß es mehr als fraglich erscheinen, ob die tschechische Eroberungslust noch auf die Dauer zugehen lassen wird. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß dann die tschechischen Gewehre von selbst losgehen und die tschechischen Truppen sich mit den polnischen zu gemeinsamer Aktion vereinigen werden.

Der Berlin-Oberschlesien würde für uns von geradezu katastrofaler Bedeutung sein. Aus den reichen Kohlenfeldern der Provinz würden bisher ganz Schlesien, Polen, West- und Osteuropa, die Mark Brandenburg usw. das

ganze Ostland bis zur Elbe versorgt; Berlin allein bezog während des Krieges 74 v. H. seines gesamten Bedarfs von dort. Da nun eine auch nur einigermaßen ausreichende Belieferung dieser umfangreichen Kohlenreviere eine völlige Unmöglichkeit ist, so leuchtet ein, bis zu welchem enormen Grade die Kohlennot bei uns gesteigert würde, wenn Oberschlesien dem Reich verloren ginge. Auch der weitere Gesichtspunkt ist in Betracht zu ziehen, daß wir durch den Abgang der oberschlesischen Kohle ein wesentliches Befreiungsmittel an das Ausland verlieren und damit unsere Lebensmittelversorgung um ein entsprechendes Maß gefährdet, sowie die Verbesserung unserer Wirtschaft aufrechterhalten würden. Auch die blühende Eisenindustrie Oberschlesiens würde dann für uns in Gefahr kommen. Vor allem aber brauchen wir Oberschlesien auch wegen der durch den unvermeidlichen Verlust des elsass-lothringischen Industriegebietes gegebenen Notwendigkeit, und im Osten ein neues Industriezentrum aufzuschaffen, das uns wenigstens in beschränktem Umfang für die Einbildung im Westen Erfolg verschaffen könnte.

Nach alledem kann es keinen Zweifel unterliegen, daß es sich für Deutschland bei dem Schluß seiner Ostmarken um ein wirkliches Lebensinteresse handelt, dessen Verhinderung unsere nationale und wirtschaftliche Entwicklung und Bereicherung auf schwerwiegsten Tattheite machen würde. Man kann es sich nicht vorstellen, daß das alte Deutschland, das über vier Jahre lang einer Welt von mächtigen Feinden erfolgreich widerstanden hat, jetzt nicht mehr so viel Kräfte aufbringen sollte, um mit den polnisch-bolschewistischen Heerhaufen fertig zu werden.

Die Zukunft der deutschen Marine.
(Grauer Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“.)
Amsterdam, 12. März. Wie „Daily News“ berichtet, wird der Friedensvertrag über die Marinapolitik Deutschlands folgende Bedingungen enthalten: Deutschland ist es untersagt, Unterseeboote zu bauen und zu unterhalten. Auch der Bau von Kriegsschiffen ist nur unter strenger Kontrolle der Alliierten erlaubt. Die Kriegsschiffe Deutschlands wird sich, Pariser Informationen folgend, an sechs Schlachtdämmen, fünf Kreuzer, zwölf Torpedobootzerstörer und 26 Torpedoboote zusammensezten.

Berlin, 12. März. Amtlich wird gemeldet: Die Kommission für Wiederaufbau der Schäden beginnt die Prüfung des Grundbuchs, nach dem die feindlichen Staaten als Schulden den alliierten und assoziierten Staaten gegenüber eine Einheit bilden sollen. Die Unterkommission für den Nordostsee-Kanal nahm einschließlich den Text der Klausur an, die dem Friedensvertrag über den Kaiser-Kanal einverlebt werden soll. Dieser Text ist dem Obersten Kriegsrat zugeschickt worden. Die Kommission für internationale Gesetzgebung trat unter dem Vorstoß von Samuel Gompers zusammen.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Paris, 12. März. (Agence Havas.) Die mit der Regierung der Waffenstillstandsbedingungen beauftragte Kommission wird heute vormittag 9 Uhr zu einer Sitzung zusammentreten. Nachmittags wird Marschall Foch den endgültigen Text dem Obersten Kriegsrat vorlegen.

Amsterdam, 12. März. Wie das neutrale Bureau aus Paris meldet, erklärte Lansing in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden müssten, um die Welt vor Katastrophe zu bewahren.

Lebensmittelverhandlungen in Rotterdam.

Rotterdam, 12. März. Hier haben die Verhandlungen zwischen der deutschen Kommission unter dem Direktor der Nationalbank Dr. Schaft und einer alliierten Kommission, die einen Teil der Verhandlungen über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln gegen eine entsprechende Ausfuhr von deutschen Produkten bildet, begonnen.

Der Verband gegen den Bolschewismus.

(Grauer Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“.)
Basel, 12. März. Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Bischof Küng in der Kammer eine Vorlage an, die die Bestätigung polnisch-schweizerischer Propaganda der Tat in Frankreich unter Strafe der Deportation stellt. Basel, 12. März. (Grauer Drahtbericht.) Reuter meldet aus Paris official: Die Alliiertenkonferenz beschloß endgültig, militärische Maßnahmen der Entente gegen das Vorkommen der Bolschewisten nach Mittteleuropa zu ergreifen.

Die bedrohte Stadt Lemberg.

(Grauer Drahtbericht unseres Kölnischen Mitarbeiters.)
Lemberg, 11. März. Reuter meldet aus Polen: Heute ist Baderevski in Polen eingetroffen, um mit der Verbundesabordnung und dem Nationalrat von Polen über Lemberg zu beraten, weil diese Stadt in größter Gefahr schwelt. Die polnischen Streitkräfte in Lemberg sind den ukrainischen Truppen, die die Stadt belagern, nicht gewachsen. Die einzige Möglichkeit, die Stadt zu retten, wäre, Truppen aus Polen und von der deutschen Front dahin zu senden.

Die Verhandlungen mit den Polen.

Unüberbrückbare militärische Differenzen.

Berlin, 12. März. (Amtlich.) Die Mitglieder der deutschen und der interalliierten Kommission, welche die Demarkationslinie gegen die Polen genau festlegen und die aus dem Trierer Abkommen vom 28. Februar 1919 für das von den Polen besetzte deutsche Gebiet sich ergebenden Wirtschafts-, Verkehrs- und Verwaltungsforderungen regeln soll, haben sich am 5. d. M. in Kreuz getroffen. Da sich die alliierten Vertreter entgegen der getroffenen Vereinbarung weigerten, in Bromberg zu verhandeln, und trotz des deutschen Einspruches auf diesen Standpunkt verharren, einige man sich schließlich auf Polen als Verhandlungsort. Die interalliierte Kommission reiste von Kreuz direkt nach Polen. Die deutsche Kommission begab sich zunächst nach Bromberg, wo sie am 6. März längere Konferenzen mit den städtischen und den Eisenbahnbahnhöfen hatte. Am Nachmittag des 6. März traf sie über Kreuz die Reise nach Polen an. Beim Vertreten des von den Polen besetzten deutschen Gebietes wurden die deutschen Vertreter unter starke militärische Bewachung gestellt und vertrieben.

Freiheitsbeschränkung

unterworfen, die für die ersten Verhandlungen in Trier durch den Marshall Foch angeordnet worden war. Die Fahrt der deutschen Kommission vom Bahnhof Polen nach dem ihr zugewiesenen Quartier erfolgte in offenen Droschken unter militärischer Begleitung. Im Hotel wurden die deutschen Delegierten sofort durch ein starkes Polizei-Aufgebot von der Außenwelt abgeschnitten. Selbst der Verkehr innerhalb des Hotels mit Vertretern der dortigen deutschen Behörden, sowie Telephongespräche waren nur im Besitz polnischer Offiziere erlaubt. Reiter v. Reichenberg, der Vorsitzende der deutschen Kommission, legte sofort gegen diese unwürdige Behandlung bei Rouvens, dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission, wie dies in Trier ebenfalls geschehen war.

starke Verwahrung

ein und erklärte, die deutschen Vertreter würden an der Freitag, den 7. März, anberaumten Sitzung nicht teilnehmen, wenn die polnischen Anordnungen bestehen bleiben. Auch die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa erhob auf Anordnung des Reichsministers Gräberger bei Rudan einen Einspruch gegen das polnische Vorgehen. Nachdem hierauf die polnischen Maßnahmen zum Teil rücksichtslos gemacht worden waren, haben die Sitzungen der beiderseitigen Kommissionen am 7. März im Schloß ihren Anfang genommen. Die Verhandlungsrat über die weiteren Sitzungen bleibt vorbehalten, bis die bisher bestehenden Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung behoben sein werden. Zurzeit finden nur Verhandlungen auf dem Gebiete des Verkehrsweises statt. Die militärischen Verhandlungen müssen ausgeglichen werden, da bisher unüberbrückbare Differenzen eingetreten sind.

Polnische Vorsicht gegen den Waffenstillstandevertrag.

Berlin, 12. März. Nach dem Ergebnis der neuverabschiedeten Waffenstillstandserklärungen verließ die Demarkationslinie gegen die Polen besetzte deutsche Gebiete südlich der Bahnstrecke Schneidemühl-Bromberg. Der Verkehr auf dieser Bahnlinie soll nach den Abmachungen nicht gehindert werden. Entgegen der übernommenen Verpflichtung, Waffenruhe zu halten, und entgegen der Auflage, den Bahnverkehr Schneidemühl-Bromberg nicht zu föhren, hat am 9. März polnische Artillerie ohne irgendwelche Herausforderung deutlichere Bahnstreiche bei Rafel, darauf verkehrende Bahn und den Bahnhof Rafel wiederholte beschossen. Durch einen Granatsplitter in ein Eisenbeamter getötet worden. Der Bahnhof Rafel hat Beschädigungen erlitten. Der Personenverkehr der Strecke musste umgeleitet werden. Heute soll trotzdem verkehrt werden, ihn wieder aufzunehmen.

Berlin, 12. März. An der Grenze zwischen Oberschlesien und Königgrätzpolen kam es wiederholt zu Grenzverletzungen durch die Polen. So wurde östlich von Rafel ein deutscher Posten durch die Polen vorübergehend aufgerichtet. An verschiedenen Stellen der Grenze beschossen die Polen deutsche Postkutschen. An der Ost- und Nordfront, bei Lissa und bei Algen, müssen polnische Streitkräfte abgeschnitten werden. Zwei Polen wurden gefangen genommen. Die vermehrte Feindseligkeit der Polen

an der Reichsfront hielt auch gestern an. Wir waren gewarnt, daß polnische Patrouillenposten bei Pawlowo, Podanin, Maragonin und an der Neheimerbrücke, südlich Rafel, sowie bei Josephinen teilweise mit Artillerie und Minenwerfern abzuwehren. Ein feindlicher Angriff gegen Kosowice, westlich von Bromberg, wurde durch Gegenschläge abgewiesen. Ein polnischer Patrouillenposten bei Pawlowo, südlich von Rehwalde, löste und einen Toten und drei Verwundete.

Im Baltikum wurde nordöstlich Janow ein feindlicher Angriff abgeschlagen. Nordwestlich Schaulen haben wir Kutschberg und Martinischky besetzt.

Der Kampf um das Sozialisierungsgesetz.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, den 12. März.

Nach langen Nachdrängen der Kommission ist die Sozialisierungsvorlage so weit gefärdert, daß sie vom Plenum in zweiter Lesung beraten werden kann. Das Gesamtergebnis der heutigen Debatte läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Bedenken, die auf der rechten Seite des Hauses gegen die Vorlage schon in der ersten Lesung geäußert wurden, durch die Kommissionsberatungen nicht nur nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt worden sind. Aber auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien scheinen den Auschlußklausur nicht freudig verlassen zu haben. Man hat den Eindruck, als ob sie dem Gesetze im wesentlichen deshalb zustimmen, weil es nur einen eingeschränkten und nach der Ansicht der Regierung nicht schadet. Dr. Pachnicke, der für die Demokraten spricht, gibt ganz offen zu: Jauhö, die Wehrheit hat politische Gründe gehabt, dem Gesetz anzustimmen — diese politischen Gründe sind offenbar so stark gewesen, daß sie alle sachlichen Bedenken überwunden haben. Den Bedenken haben auch die Demokraten gehabt, und sie sind sie bis zum heutigen Tage noch nicht losgeworden. Es ist nicht gerade rühmlich, wenn man sich, wie es der Abg. Dr. Pachnicke tun mußte, auf den Standpunkt stellt: „Diesmal haben wir noch mitgemacht, wenn es aber auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen sollte, so werden wir rechtzeitig abstoßen.“ Hertigwarenindustrie und Exportindustrie, Landwirtschaft und Handwerk sollen von der Sozialisierung freibleiben, betonte der demokratische Redner mit Nachdruck. Zum Trotz der Beschwichtigung seiner Freunde auf dem rechten Flügel der Partei hebt er auch noch hervor, daß kein Freibrief auf Sozialisierung aufgestellt worden sei, doch in jedem einzelnen Falle vielmehr noch ein besonderes Reichsrecht gefordert werde. Man hat den Eindruck, daß Herr Pachnicke die Stellungnahme seiner Partei nicht begründet, sondern sie zu entkräften, zu rechtfertigen sucht. Das ist begreiflich, zugleich nach der Rede des Abg. Voegler, der aus den Ausschusseratungen die bemerkenswerte Tatsache mitteilte, daß die Mehrheitssozialisten weder praktisch noch theoretisch einen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus anerkannt hätten. Das fiel den Herren im Zentrum und in der Demokratie doch sehr auf die Nerven. Der Demokratin Dr. Voegler betreibt von seinem Standpunkt aus die Identität von Sozialismus und Kommunismus und deckt sich im übrigen mit Sozialisierungsträger selbst viel weniger zurückhaltend, als es die Demokraten taten. Man merkt, daß das Zentrum eine Arbeiterpartei und hat viele Rückenden zu nehmen.

Wie sehr die Meinungen der Regierungsparteien in der Sozialisierungsfrage auseinanderliegen, beweist auch die Rede des Sozialdemokraten Braun, der einen Antrag begründet auf Streidung des Gesetzes, der die Entschädigungspflicht des Reiches für die sozialisierten Betriebe feststellt. Wir stehen also vor der Tatsache, daß sich eine der Regierungsparteien, nämlich die Deutsche Demokratische Partei, ausdrücklich für etwas daran augtigt, die Entschädigungspflicht des Reiches festgesetzt zu haben, während die andere einen Antrag einbringt, der gerade diese Entschädigungspflicht kreidet will. Schroffere Gegenseitigkeit läßt sich schlecht hin nicht denken. Sie beweisen, wie innerlich bohl und zerflüsternd das Koalitionskabinett in der Tat ist. Im weiteren Verlaufe der sehr lang ausgedehnten Sitzung wird eine große Reihe von Abänderungsanträgen eingeführt und begründet. In einer Entscheidung über die Vorlage kommt es aber heute noch nicht, da die gesuchten Abstimmungen auf morgen vertagt werden.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Sozialisierungsgesetzes

mit den schon gemeldeten Änderungen.

Abg. Voegler (D.P.) verliest die bereits im letzten Vorabend-Blatt wiedergegebene Entschließung der Deutschen Volkspartei, in der gegen Eingriffe in die freie Privatwirtschaft und den freien Handel Verwahrung eingelegt wird. Redner fährt fort: Es geht nicht allein um die Kohle. Der Bürokratisierungskampf läuft weiter. Was in den angemessenen Vorlagen erstmals wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen. Wenn jetzt eine Sozialisierung des Kohlenbergbaus verwirklicht wird, so fürchten wir, der Bergmannsgruß „Glück auf“ werde bestehen bleiben, aber mit dem Bergbau werde es „Glück ab“ gehen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Pachnicke (Dem.): Der Kohlenbergbau lag unter einem so starken Druck des Privatmonopols, daß man nicht den Gegenentwurf mit der Forderung der wirtschaftlichen Freiheit bekämpfen kann. (Sehr richtig! links.) Wir ziehen eine starke Grenze und werden nicht aufzulassen, daß der Motor des persönlichen Interesses aus der Wirtschaft ausgeschaltet wird. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Vor der Sozialisierung müssen frei bleiben: Die meisten Handelsbetriebe, die ganze Hertigwarenindustrie, die Exportindustrie, die Landwirtschaft und das Handwerk. Der § 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung so weit, daß

das ganze Erfurter Programm dadurch einmarschiert kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Da wir keine Sozialisten sind, können wir diesen Bestimmungen nicht zustimmen. Wenn wir trotzdem daran das Gesetz nicht scheitern lassen wollen, so leitet uns dabei die Erwagung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme oder Ablehnung in unserer Hand liegt. Unsere Fraktion nimmt dem Gesetz als Gangen zu und bittet die Versammlung, das Gleiche zu tun. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Seidl (D.N.): Das fehlen einer schriftlichen Begründung, daß die gelegte Arbeit sehr erschwert. Man könnte dem Gesetz die Überschrift geben: Ein Auszug in den Zukunftstaat. Die Regierung hat uns noch immer keine deutliche Auffklärung darüber gegeben, was sie eigentlich unter Sozialisierung versteht. Die Mehrheitssozialisten aber verstecken darunter Kommunisierung. Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgelegte Art der Sozialisierung als in tiefstem Grunde unsozial ab. (Beifall rechts.)

Inzwischen sind folgende Abänderungsanträge

eingegangen:

Die Abgeordneten Arnsdorf (D.N.) u. Gen. beantragen für § 2 folgende Fassung:

„Für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturrästen, gegen angemessene Entschädigung in Gemeinwirtschaft überzuführen, in Sache der Reichsgefehlung.“

Erster Antrag führt also im Gegensatz zur Regierungsvorlage die Entschädigungspflicht des Reiches ein und kreist die Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft. — Im Falle der Ablehnung dieses Antrags wollen dieselben Abgeordneten in einem Ersatzantrag auch den Betrieb (nicht die Herstellung) und die Verteilung der in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gewonnenen Güter und Güter über die Kohlenwirtschaft in weiter und Erzeugnisse im Interesse der Gesamtheit regeln lassen.

Die Abg. Dr. Nieher und Voegler (D. P.) beantragen die Fassung, daß „erstens geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnutzung von Naturrästen für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft unbedingt gemacht werden können, und daß zweitens im Falle drohenden Bedürfnisses und solange ein drohendes Bedürfnis vorliegt, die Verteilung falso nicht auch die Herstellung geeigneter wirtschaftlicher Güter ausmitten des Reiches, der Provinzen, Gemeinden oder Gemeindeverbänden geregelt werden.“

Abg. Burlage (Cent.): Von Kommunismus kann keine Rede sein. Die Anträge zu §§ 1 und 2 sind für uns unannehmbar. Dem Empfehlungen der Arbeiter wollen wir zu Hilfe kommen. Natürlich dürfen in die Selbstverwaltungskörper nicht die Maulhelden gewählt werden, sondern stolide Sachverständige Menschen. Es wird sich auch hier das Wort erfüllen: Wenn Gott ein Amt gibt, dann gibt er auch Verstand. Selbst wenn man Bedenken haben sollte, müssen dennoch die Gesetze geschaffen werden.

Abg. Dr. Kohn (Unabh.): Vielleicht wird ein künftiger Geschichtsschreiber dieses Gesetz eine

Der Spatalkurs

nennen, aber die sozialistische Art hat sich, wenn sie bestand hat, nicht in die sozialistische Tat umsetzen können. In § 1 des Gesetzes möchten wir das Wort „Sittliche Pflicht zur Arbeit“ erweitern durch „soziale Pflicht“. Das Recht auf Arbeit, das in diesem Gesetz aufgestellt worden ist, ist nur ein verschmierter kapitalistischer Ladenbücher.

Die Rütedemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete wird kommen:

dagegen kann man sich sperren, wie man will, sie ist unaustrittbar in das Bewußtsein der Menschen übergegangen. (Beifall bei den Unabh.)

Von dem Abg. Kuet (Soz.) und Gen. geht der Antrag ein, im § 2 die Worte „gegen angemessene Entschädigung“ zu streichen.

Dieser wird von den Abg. Dr. Nieher (D. P.) u. Gen. namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Braun (Soz.): Selbst wenn die Herren von der Regierung in die Regierung kämen und die Verantwortung trügen, mühten sie von der Privatwirtschaft abweichen. Wir wollen die Leitungsführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gewinnen der Unternehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Werke haben. Auch wir betrachten diesen Gesetzesvorschlag lediglich als ein Rahmenstück und wir hätten ihn gerne anders gehabt. Der Ausdruck „sittliche Pflicht“ ist nicht glücklich gewählt; wir stimmen gern für den Antrag „soziale Pflicht“ zu sagen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kuet (Gesell., D. P.): Die Unabhängigen haben zweifellos die Spatalkisten in Schuh genommen. Sie sagen, es seien Kräfte, die man heilen müsse. Wir sehen in den

Spatalkisten schwere Verbrecher.

die entsprechend zu behandeln sind. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten es für ganz ungewöhnlich, daß dieses wichtige Gesetz ohne schriftliche Begründung in so beispiellos kurzer Zeit verabschiedet werden soll. Wir lehnen daher das Gesetz im ganzen ab. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Traub (D.N.): Die Anträge der Sozialdemokraten und der Unabhängigen lehnen wir ab. Der sozialdemokratische Antrag schlägt dem Grundsatzen ins Geiste, daß das Eigentum geschützt sein muss. Wir stehen am Endpunkt der deutschen Wirtschaft, wenn das Sozialisierungsgesetz angenommen wird. Das Gesetz hat im wesentlichen einen

agitatorischen Zweck.

Man wird unsere Ablehnung wahrhaftig benutzen, um zu sagen: Wir seien eine einschlägig ablehnende und reaktionäre Partei. Eine solche Behauptung wird schon widerlegt durch die Verbesserungsanträge, die wir gestellt haben. Wir sind nicht sozialist. Diesen Sprung von einem gewissen Sozialismus zum Kommunismus machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.) Das ganze Gesetz bedeutet nur eine Sicherstellung der sozialdemokratischen Macht im Wirtschaftsleben. Ich fühle die große Enttäuschung, die in den Arbeitersmassen eintreten wird, wenn sich die großen Versprechungen der Sozialdemokratie nicht verwirklichen lassen. (Sehr wohl! rechts.) Das vorliegende Gesetz ist kein Gesetz zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit, sondern zur Förderung der Arbeitsunlust. (Sehr richtig! rechts.)

Reichswirtschaftsminister Bissell:

Die Anträge des Herrn Traub und seiner Freunde gehen darauf hinaus: Man darf wohl an den Grundlagen des Staates und der Wirtschaft rütteln, aber man muß den davon Betroffenen eine angemessene Entschädigung zahlen. (Sehr gut! bei den Soz.) Auf der anderen Seite wollen die Herren mit ihrem zu § 4 gestellten Antrag die Land- und Forstwirtschaft von der Sozialisierung auszunehmen, ausgesprochen wissen, daß die sittliche Pflicht zur Arbeit im Interesse der Gesamtheit für die Landwirtschaft nicht gelten soll. (Obol Widerspruch und Gelächter rechts.) Auf den Vorwurf, daß wir in einer Zeit der Erholung an die Einführung einer neuen Wirtschaftsordnung herangehen, erwidere ich: In unserer Zeit hat kein Privatunternehmen noch einen Anspruch darauf, Privatdienste zu machen, sobald das Wohl der Allgemeinheit fordert, daß es in ihren Besitz übergeführt wird. Die Regierung hält sich für verpflichtet, ungesäumt an die Durchführung des ihr mit Annahme des Gesetzes verordneten Auftrages heranzutreten.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach beschließt das Haus, heute nur noch die Diskussion über die Vorlage zu Ende zu führen, die Abstimmungen aber — es liegen zwei Anträge auf namentliche Abstimmung vor — auf morgen zu verschieben.

Abg. Schiele (Dch.-nat. P.): So unklar wie das ganze Gesetz, ist besonders der § 4. Was soll unter Wirtschaftskräften verstanden werden? Richtet sich das auch gegen kleine Bauernmilizen? Will man auch die Energien gemeinschaftlich regeln, die im eigenen Betriebe erzeugt und verwandt werden? Alle diese Fragen hängen wie ein Domoskepsis über Tausenden von Betrieben. Die Landwirtschaft wird unter der Höhe der Preise für Kohlen und künstliche Düngemittel leiden.

Zu § 5, der bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft tritt, bestünde Abg. Kraut (Dch.-nat. P.) einen Antrag, das Inkrafttreten des Gesetzes für die besetzten Gebiete während der Dauer der Besetzung auszusetzen. Die Freunde hätten sonst erwünschte Gelegenheit, die umgewandelten Betriebe als Staatsgüter für sich in Anspruch zu nehmen.

Abg. Eugenbeck (Dch.-nat. P.) begründet einen Antrag seiner Freunde, dem Gesetz die Überschrift „Gemeinwirtschaft“ zu geben. Über die Begriffe: Sozialisierung, Vergesellschaftung, Gemeinwirtschaft haben wir im Auschluß vom Regierungsrat die allerwiderrücktesten und sich widersprechendsten Auslegungen gehabt. Wir segeln mit diesem Gesetz in das offene Meer des Kommunismus hinein. Da ist es nur angemessen und ehrlich, diesen Kurs auch im Namen des Gesetzes zum Ausdruck zu bringen, und das geschieht unseres Erachtens durch die Bezeichnung „Gemeinwirtschaft“.

Damit ist die zweite Beratung erledigt. — Abg. Seidl (Dch.-nat. P.) verwehrt sich in persönlichen Bemerkungen gegen Erwähnungen des Abg. Kohn. — Schluss 10 Uhr. — Rütede Sitzung: Donnerstag 10 Uhr: Gesetz über den Betrieb mit russischen Rohstoffmitteln. Sozialisierungsgesetz im Interesse der Gesamtheit regeln lassen.

Beratung der Nationalversammlung.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 12. März. Der Verteid. Aussch. u. der Nationalversammlung beschloß in seiner heutigen Sitzung, dem Haufe vorauszulegen, nach Verabschiedung des Sozialisierung- und Kohlegehebs am Donnerstag abends die Sitzungen bis Dienstag, den 16. März, zu versetzen. Damit wird den in Betracht kommenden Regierungsmitgliedern die Möglichkeit gegeben, an der Tagung der preußischen Nationalversammlung teilzunehmen. Bis zum Wiederantritt wird der Abgeordnetenrat mit den Steuervorlagen fertiggestellt sein und zur Beratung kommen können. Der Verfassungskomitee soll während der Pause weiter tagen und womöglich seine Arbeiten abschließen. Die mit der Prüfung der Verordnungen beauftragten Ausschüsse werden ihre Tätigkeit ebenfalls während der Pause fortsetzen.

Weimar, 12. März. Die Reichsminister Graf v. Brockdorff-Ranckau und Erzberger werden heute in Weimar eintreffen. Es handelt sich um Befreiungen über die endgültige Zusammenlegung der Friedensdelegation.

Nachlänge zum Leipzig Generalstreik.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 12. März. Die Abgeordneten Dr. Philipp (Dch.-nat.), Dr. Heinze (Dch.-nat.) und Burlage (D. P.) richten an die Reichsregierung folgende Anfrage: Gelegentlich des Generalstreiks in Leipzig in der dortigen Oberbürgermeister unter Bedrohung mit militärischer Waffengewalt gezwungen worden, eine Auweilung auf Zahlung von 400 000 M. aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. Ist das der Reichsregierung bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um in Zukunft einen solchen Missbrauch der militärischen Gewalt zu verhindern? Sener ziehen die Abgeordneten Bömer an die Reichsregierung folgende weitere Anfrage: Während des letzten Generalstreiks in Leipzig sind durch die dortigen Machthaber Waffen aus Herrengewänden des 19. Armeekörpers an den streikenden Teile der Bevölkerung abgegeben worden. Obwohl noch Beendigung des Streiks zur Abgabe der Waffen aufgefordert worden ist, befürchtet werden, daß zahlreiche Personen solche zurück behalten. Dadurch wird die Sicherheit von Personen und Eigentum, insbesondere die Nahrungsvoorräte, nicht nur in Leipzig, sondern auch in dessen Umgebung noch mehr wie bisher gefährdet. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die ausgetragenen Waffen fest in ihre Hand zu bekommen, und um Ernährungsschwierigkeiten in Leipzig und Umgebung insbesondere während der bevorstehenden Messe vorzubeugen?

Aus der Waffenstillstandscommission in Spa.

Berlin, 12. März. Der deutsche Vorsitzende überreichte den Alliierten Mitteilungen über die letzten Vorgänge an der russischen Front

und bemerkte, daß die deutschen Truppen in den nächsten Tagen zurückgenommen werden mühten, wenn die Alliierten das Verbot der deutschen Truppentransporte durch die Ostsee weiterhin aufrechterhielten. Damit werde Lettland einschließlich Libau dem Bolschewismus ausgeliefert, falls nicht schnellste Truppen anderer Mächte den Schuh übernehmen. Die deutsche Commission erfuhr die Alliierten um

Ausfuhrerlaubnis von 25 Millionen Mark Gold durch die Reichsbank nach Skandinavien zum Ausgleich der demnächst fällig werdenden deutschen Verbindlichkeiten im neutralen Auslande. In der Note wird besonders betont, daß die Verweigerung der Goldausfuhr den Zusammenbruch des deutschen Kredits und die Erklärung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands im neutralen Auslande zur Folge haben würde.

Die Belagerung des Orients von Berlin.

Berlin, 12. März. Die Belagerung des Orients von Berlin einschließlich Lichtenberg durch die deutsche Schutzdivision, das Freikorps Höhne und die Gardekanoniere-Schützendivision ist plausibel durchgeführt. Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht sehr schwer. An verschiedenen Stellen kam es jedoch zu schweren Einzellempfinden. So wurde am Bahnhof Lichtenberg eine große Anzahl Gefangener gemacht. Viele Hölle bestialischer Grausamkeiten der Spatalkisten sind einwandfrei festgestellt. Die Freiheit von Waffen ist beträchtlich. Ein Regiment allein meldete bereits am Nachmittag 15 schwere, 20 leichte Maschinengewehre und 1 Minenwerfer, sowie über 150 Gewehre. Auf einem Bahnhof wurde ein offensbar von auswärtigen herangeführter Waggon mit Schänden beschlagnahmt. Auch größere Bestände von Lebensmittel in die Hände der Regierungstruppen sind nicht erheblich.

Aushebung eines Spatalkistenfestes in Berlin.

Berlin, 12. März. In der Köpenicker Straße wurde durch die Truppen der Gardekanoniere-Schützendivision ein Spatalkistenfest aufgelöst. Die Freiheit mußte erst mit der Waffe niedergeschlagen werden. 34 Spatalkisten wurden erschossen, die anderen gefangen genommen. Es wurde eine große Anzahl Waffen dort gefunden.

Mühlengasse Spatalkistenangriffe in Düsseldorf.

Düsseldorf, 12. März. Bewaffnete Spatalkisten versuchten in der vergangenen Nacht einen Anschlag auf die Ulanenkaserne, der von der Wache abgeschlagen wurde. Ein nach einigen Stunden wiederholter Überfall, bei dem zahlreiche Schüsse abgegeben wurden, wurde ebenfalls abgewiesen.

Ausdeckung einer Verschwörung in Amerika.

Hans, 12. März. (Sig. Drahtmeld.) Aus Washington wird gemeldet: Die amerikanische Senatskommission, die sich mit dem Bolschewismus beschäftigt, eine Eingabe unterbreitet, woran hervorgeht, daß die Radikalen, die Sozialisten und die Unabhängigen Arbeiterpartei eine Revolution vorbereitet haben, die Amerika zu einer bolschewistischen Republik umwandeln würde. Die Führung dieser Verschwörung liegt in den Händen der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Revolution in Belgien?

Köln, 12. März. Nach privaten Meldungen aus Maistrisch sei in Belgien die Revolution ausgebrochen. Zu bestreiten Straßenkämpfen kam es in Lüttich und Charleroi. Nach dem belgischen Industriegebiet wurden starke belgische und amerikanische Truppen entstellt, ebenso nach Brüssel und Antwerpen. König Albert sei unerwartet nach England

Schriftliches und Säghölzes.

Die Auhebung des XIX. Armeekorps.

Nach Beendigung des Generalkreises in Leipzig erhielten Vertreter der Corps-S.-Rüte XII und XIX und der 40. Division in Dresden, um mit dem Volksauftragten Rechnung, Minister für Militärfürsten, über die von ihm verlangte Auhebung des XIX. Armeekorps zu verhandeln. In einer 2½-stündigen Unterhandlung stellte sich heraus, daß das Söldnerregiment der R.-Rüte in die Angelegenheiten des Söldnerregiments der U.-Rüte in dem verhandelt hat, was dort zu beklagen war. Hätte man es nur mit den S.-Rüten zu tun gehabt, wären manche Missbilligkeiten unterblieben, vor allem die Beurteilung der Offiziere und die Widerstände gegen den Grenzschub und gegen die Verdierung der Sicherheitsstruppen. Die Verhandlungen führten zu einer Einigung.

Erichtung der allgemeinen Volkschule.

Gemäß der Verordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 12. Dezember 1918 ist in Dresden mit Beginn des Schuljahres 1919/20 die Volkschule als Allgemeine Volkschule für alle Kinder des Schulbezirks ohne Unterschied des Vermögens und der Religion einzurichten. Die Überleitung in die neuen Verhältnisse soll in der Weise erfolgen, daß das Stundenausmaß der bisherigen Bürgerlichen in der Allgemeinen Volkschule eingeführt wird, und zwar von Ostern 1919 ab zunächst in den ersten beiden Schuljahren. Die übrigen Klassen werden zunächst in der bisherigen Weise weitergeführt, doch sollen besonders geeignete Kinder aus den bisherigen Bezirksschulen schon jetzt in die fünfte Jahrestufe (Beginn des fremdsprachlichen Unterrichts) der Bürgerschulen nach Mahagabe der verfügbaren Plätze eintreten dürfen. Die weitere Vereinheitlichung ist so geplant, daß sie 1920 die fünf ersten Schuljahre od. h. das erste fremdsprachliche Schuljahr mit, 1921 das sechste, 1922 das siebente und 1923 das achte Schuljahr umfaßt. Die Auswahl der zu den fremdsprachlichen Klassen zuzulassenden Kinder erfolgt nach pädagogisch-psychologischen Gesichtspunkten. Das Verfahren ist noch zu schaffen. Die Volkschulen sollen künftig unter fortlaufender Numerierung und Hinzuführung des Namens der Straße, in der sie liegen, bezeichnet werden. Wegen der Schwierigkeit der sozialen Vereinigung der katholischen und der evangelischen Volkschulen will der Rat um Gewährung einer Nachfrist beim Ministerium nachfragen.

Weißall des Schulgeldes.

Gemäß der genannten Verordnung hat vom Beginn des neuen Schuljahrs ab in der Volkschule das Schulgeld wegfallen. Dementsprechend soll von da an in den Bürger- und Bezirksschulen von Dresdener Kindern kein Schulgeld mehr erhoben werden. Von auswärtigen Kindern, die städtische Volkschulen besuchen, wird künftig von denen, die jetzt schon kleine Schulen besuchen, das bisher von ihnen gezahlte Schulgeld, von den neu eintretenden Kindern das bisherige Bürgergeld ohne Zusatz (5 Pf. monatlich für jedes Kind) und, wenn sie in Zukunft den elterlichen Sprachklassen angehören, Bürgergeld mit 50 v. H. Zusatz erhoben, ohne Rücksicht darauf, ob die Eltern im Besitz des Dresdner Bürgerrechts verblieben sind oder nicht.

Zu diesen Beschlüssen, die in der Gesamtratssitzung vom 11. März gefaßt worden sind, ist noch die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich.

Die Baubeschaffung Täfeln des Deutschen Bauernbundes

Hieß vor kurzem in Chemnitz ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch Landwirt Scheuerle-Augustusburg wurde eine Resolution gegen die Festhaltung unserer Kriegsgefangenen durch unsere Heinde, gegen die Aufrechterhaltung der Hungerblöcke, sowie gegen den Raub unserer Kolonien angenommen. Nach Wahlen stand eine Aussprache über verschiedene landwirtschaftliche Fragen auf. Man verlangte u. a. Abschaffung der Milchkontrolle, Beteiligung der Milchländer und Herabsetzung der Tagesleistungen der Milchfleisch. Ferner wurde gefordert Abänderung der Schlachtfleischförderung unter besonderer Berücksichtigung derjenigen, die vor dem Kriege bzw. vor der Enteignung viel Fleisch gehalten haben, deren Viehhand aber besonders stark gelichtet worden ist, weiter höhere Schlachtfleischpreise, den Buchweichpreisen entsprechend, Höchstpreise für Anbauholz, Aufhebung des Verbotes für Hauschlachtungen, Aufhebung der Verpflichtung zur Fleisch- und Siedelabgabe. Besonders wurde ein Verbot der Milchviehhaltung für solche Personen verlangt, welche nicht Landwirte sind und das Futter für ihre Tiere nicht selbst erbauen. Allgemeinen Unwillen erregten die Drucksprüchen, da sie in der Hauptstadt nur den Großgrundbesitzern in Preußen zugute kämen. Ferner wurde die Freiheit für Selbstverwörter gefordert. Eine Herabsetzung der Nation für Brotpreise sei mit Rücksicht auf die lange Arbeitsdauer während des Sommerhalbjahrs zu vermeiden. Besonders notwendig sei eine Erhöhung der Haferration für Angestellte. Zu Punkt 5 wurde beschlossen, dorthin zu wirken, daß mehr kleinere und mittlere Landwirte in den Landeskulturrat gewählt werden. Aus der Versammlung heraus wurde Erhöhung der Kartoffelernte für Landwirte und deren Wirtschaftsangehörige,

wie für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gefordert. So einiges wurde der Besluß gefaßt, auf die Befordernungen der unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakisten, insbesondere hinsichtlich der Sozialisierung, mit Gegenforderungen zu antworten.

Nach dem Streit in Leipzig.

In der Leipziger Gewerkschaftsbewegung vollzieht sich zurzeit eine scharfe Trennung der Unabhängigen Sozialdemokratie von den Mehrheitssozialisten. Das Gewerkschaftskartell hat verschlossen, doch nur noch Angehörige der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Kemmer bekleiden dürfen. In mehreren Gewerkschaften wurden bereits Mehrheitssozialisten von ihren Posten entfernt; so im Metallarbeiterverbande, dem Bauarbeiterverbande und dem Buchbinderverbande. Die Entfernung der Mehrheitssozialisten im Holzarbeiterverbande und dem Buchdruckerverbande steht bevor. In der Leipziger Volkszählung sollen nur Anhänger der U. S. P. befähigt werden. Auch auf die Konsumgenossenschaft soll der Einfluß der U. S. P. ausgedehnt werden.

Der Streit im Zwischenkriegszeitung.

Durch Umfrage bei den hauptsächlichen Bergwerken von Zwickau und Umgebung wurde festgestellt, daß die erste Meldung, wonach sämtliche Bergwerke streiken sollten, zum mindesten den Ereignissen vorausgesetzt ist. Auf der Zeche "Berndshof" streikt die gesamte Belegschaft. Auf "Berndshof" sieht die Direktion in Unterhandlungen mit der Arbeiterschaft. Dagegen wird auf dem Brückbergwerk und dem Schacht der Bürgergewerkschaft vorläufig noch gearbeitet. Der Streit ist auf Beranlassung von Spartakisten als Sympathiestreit für die Bergleute im Oelsnitz-Lugauer Bezirk angesagt worden.

Wirtschaftsminister Schwarz hat sich am gestrigen Mittwoch zur Herbeiführung einer Einigung zwischen Arbeitern und Bergwerksbesitzern nach Zwickau begeben.

Die Einwirkung von Unruhen und Streiks auf die Lebensmittelversorgung.

Zu einer gestern, Mittwoch, unter Leitung von Stadtrat Arras abgehaltenen Pressekonferenz im Städtischen Lebensmittelamt wurde u. a. die Frage erörtert, welche Einwirkung die andernwärts ausgebrochenen Unruhen und Streiks auf unsere Lebensmittelversorgung ausüben. Da Sachsen im allgemeinen und seine Großstädte im besonderen Industriegebiete sind, wirken auswärts ausgetriebene Unruhen oder Verkehrsdurchquerungen stets auf die sächsische Lebensmittelversorgung nachteilig zurück. So gefährden die Verhältnisse in der Provinz Sachsen unsere Kartoffelversorgung außer schwere. Die Unruhen in Mitteldeutschland und in Leipzig haben Aufzüge aus den Lieferungsfähigen Kreisen der Provinz Sachsen unmöglich gemacht. Die in Bayern ausgetriebenen Unruhen haben zur Folge gehabt, daß Dresden zuerst, das zeitweise wöchentlich 900 Kinder aus Bayern zu erhalten hat, in der laufenden Woche nur 97 Stück erhält und deshalb schon jetzt auf die nur geringen Füll- und Geflügelbeschaffungen hat zurückgreifen müssen. Die Margarine-Verteilung mußte fürstlich verschoben werden, weil eine aus Stettin angewiesene Sendung wegen Verkehrsstörungen nicht rechtzeitig hereinkommen konnte. Die Aufzüge an frischen Seefrüchten kosten seit einer Woche gänzlich, weil infolge der Unruhen in Mitteldeutschland und Sachsen Verladungen nach diesen Gebieten nicht stattfinden.

Die Bevölkerung ist sich offenbar über die Mengen Lebensmittel, die zur täglichen Versorgung einer Großstadt erforderlich sind, im unklaren. Um die fehlenden geringen Vorräte rationieren zu können, braucht Dresden:

- an Mehl 3000 Br. d. t. im Durchschnitt 700 Stück Kinder;
- an Mehl 105 Eisenbahnwaggons zu 200 Br.;
- an Kartoffeln 110 Doppelwaggons.

Zu einer Befreiung von 62½ Gramm Butter oder Margarine sind etwa 700 Rentner wöchentlich erforderlich, 1½ kg. Brot. Der Milchbedarf Dresden ist täglich 30000 Liter, wobei nur Frauen und Kinder vom 1. bis 8. Lebensjahr Milch erhalten, und die ihnen aufgeteilte Menge nicht einmal den ihnen zustehenden Vorrat erreicht. Auch die Butter mit dem Verbrauch bereitet bei 6000 Personen, die jetzt in der Stadt gehalten werden, Schwierigkeiten.

Welche Schwierigkeiten die Lebensmittel-Versorgung bei Streiks und Unruhen in der Stadt selbst bereiten würde, dafür können die Borgmänner in Berlin und Leipzig ein Bild geben. Soviel hier bekannt ist, hat z. B. Leipzig seit drei Wochen nur zwei Pfund Kartoffeln verteilen können, und kommt aus Mangel an Aufzügen während der letzten Streikwoche nicht einmal diese Menge aufrecht erhalten. Besonders gefährdet ist bei Stößen der Zugverbindung die Fleischmilchversorgung, was um so schwerwiegender ist, als dadurch Kranken und Säuglinge betroffen werden. Vorräte in den Mengen in der Stadt aufzuhorieren, daß wir auf längere Zeit hinaus auf die Rationen verzichten könnten, ist ausgeschlossen, teils infolge der Knappheit der Ware, teils, wie bei Milch, ist es der Natur der Ware nach ausgeschlossen. Bei anderen Lebens-

Zuckernot.

Kriegswirtschaft gibt Euch 20 Pfund, früher freie Wirtschaft gab Euch 50 Pfund im Jahr.

Daher los von der Zwangswirtschaft.

mitteln würde es sich aber um so ungeheure Mengen handeln, daß es dafür an den nötigen Lagerräumen fehlt.

Auch die Unterbrechung der Kohlenversorgung und der Stromlieferung hat Einfluß auf die Lebensmittel-Versorgung. Die Brauereien und Bäckereien können ohne Kohlen nicht bauen. Der Schlachthof braucht Kohlen, um die Kühe und Schweine in Betrieb halten zu können. Die Molkereien brauchen elektrischen Strom zur Verarbeitung der Milch, die Mühlen Strom, um zu mahlen usw.

Die Abhängigkeit Sachsen's von Bayern

hinsichtlich der Fleischversorgung erlebt man aus folgenden Zahlen: Für den Versorgungsabschnitt Würzburg-Arras hat Sachsen aus Bayern erhalten: 32.000 Rinder, 31.000 Kalber und ca. 6.000 Schweine. Wenn diese Mengen nicht ausgetrieben werden, verträgt bei uns die Fleischversorgung, denn aus Sachsen selbst kann nur ein geringer Teil unseres Bedarfs gedeckt werden. Erwähnt wurde noch, daß die allgemeine Verschärfung der Fleischration kommt, nur steht die Höhe noch nicht fest.

Der Kartoffel-Besorgung

wurde mitgeteilt, daß sich durch die Zurückgabe von auf die Landesfeste C erworbenen Kartoffeln der Bedarf auf Wochenkartoffelfakturen in der vorigen Woche um 1000 Rentner verringert hat. In natura wurden 20 Rentner abgeliefert. Bekannt wurde nochmals, daß die Anordnung der Zurückgabe unter allen Umständen durchgeführt wird.

Au Milch

erhalten von nächster Woche ab die Fünf- und Sechsjährigen anstatt des bisherigen halben Liters nur noch einen viertel Liter.

Kriegshaushalt.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden.

In der laufenden Woche muß, weil die Viehlieferungen aus Bayern infolge der dortigen politischen Verhältnisse auch nicht annähernd in dem vorgeschriebenen Umfang eingehen, in der Hauptstadt Gefrierfleisch ausgegeben werden, außerdem, wie in der vergangenen Woche, ein kleiner Teil Rinder- und Schweinfleisch. Davon entfallen auf den Kopf der Bevölkerung etwa 50 Gramm. Diese dürfen von den Verbrauchern beim Fleisch nicht zurückgewiesen werden. Sowohl dieses Fleischfleisch ohne Aromen getilgt wird, beträgt der Preis 270 Pf. für das Pfund, und es dürfen davon auf die einzelne Fleischmarke nur 20 Gramm abgegeben werden.

Siedlungsgesellschaft Dresden Stadt und Land. An Stelle des aus dem Aufsichtsrat der Siedlungsgesellschaft Dresden Stadt und Land ausgeschiedenen Oberbaudirektors Dr. Stödel ist vom Rat der jetzige Stadtverordneten-Baumeister Schröder-Kartoffelkonsulat. Dieser in den Aufsichtsrat gewählt worden.

Das österreichisch-ungarische Konsulat in Leipzig wird Ende dieses Monats aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Amtsprengel dieses Konsulates dem des österreichisch-ungarischen Konsulates in Dresden angegliedert.

Auf dem Felde der Ehre gefallen: Gefreiter Georg Kunze.

Todesfall. Am 11. März starb in Klein-Johann Herr Ober-Bahnhofsvorleiter i. R. Karl Arno Nollain. Der Enkelknecht war Veteran von 1870/71.

Shan der Universität Leipzig gegen Eingriffe des Gr. und S. Rates. In der Polizeiämter ist folgende Interpellation Dr. Menke-Glückert eingegangen: "Was gefordert die Regierung an tun, um die Universität Leipzig gegen die fortdauernden belästigenden Eingriffe des Leipziger Arbeiters- und Soldatenrates zu sichern?"

Krankenmehr und Krankengebäude. Im Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung treten nach einer im Anzeigenteil enthaltenen Bekanntmachung in den zum Handel mit Kranken-Weizenmehl, sowie zur Herstellung und Abgabe von Krankengebäck nach der Bekanntmachung vom 6. Februar 1919 zugelassenen Bäckereibetrieben veränderte Aenderungen ein.

Anbau- und Ernteflächen-Erhebung. Eine Verordnung des Reichsnährungsministers steht im kommenden Frühjahr, wie in den früheren Jahren, die Vornahme einer Anbau- und Ernteflächen-Erhebung vor. Sie findet vom 5. bis 31. Mai statt und soll den gesamten Selbstmühl- und Aufbau unfeiner wichtigen Nahrungsmittel und Futtermittel erfassen. Bei dem Mangel einer neueren Bodenbezeichnungstatistik behält die Erhebung auch in diesem Jahre ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und wird eine wertvolle Handhabe für die ganze zünftige Wirtschaftspolitik bilden.

gemacht hat und daß sie auf dieser Grundlage imstande ist, die öffentliche Gesundheit wirklich zu schützen, so darf er als erbracht gelten, nachdem sie trotz der ungünstigen äußeren Verhältnisse fertig gebracht hat. Cholera, Pest, Fleckfieber, Typhus, Ruhr, Fieber usw. ihrer Schreden fast völlig zu entziehen. Um so mehr überzeugt es uns, wenn wir feststellen müssen, daß eine Gruppe von ansteckenden Krankheiten — die Geschlechtskrankheiten — während des Krieges gegen früher nicht ab, sondern ganz außerordentlich aufgenommen hat. Wir müssen mit einer Durchsuchung des Heeres und auch der Zivilbevölkerung rechnen, wie wir sie uns niemals hätten träumen lassen.

Wenn die Verhältnisse in dieser Richtung bereits während des Krieges recht ungünstig waren, so haben sie sich in höchstem Grade beizüglich der Versorgung der Front und aus der Klappe verschärft. Wenn man die Gesundheit der Geschlechtskrankheiten einigermaßen kennt, kann man sich ungeahnt vorstellen, welches Undeck auf diese Weise in der ersten Zeit der Demobilisierung angerichtet worden ist. Die Heeresverwaltung haßt an nichts fehlen lassen, um die Gefahr einzudämmen. Obgleich sie überall in engster Verbindung und Übereinstimmung mit den A. und S. Ämtern und den Bataillenbäckern vorgeht und auch von diesen Seiten alles mögliche geschieht, so konnte man, da bei einer großen Zahl der Geschlechtskrankheiten keine Verjüngung der Einwirkung schafft, keine Besserung der Verhältnisse erreichen. Je mehr man sah, daß alle angewandten Mittel versagten, um so mehr Stimmen erhoben sich, die auf die Notwendigkeit einer großzügigen, planmäßigen Aufklärung hinwiesen. In den Kreisen, denen die Sache besonders am Herzen lag, wurde man darüber einig, daß diese Aufklärung nur durch eine sinnfällige Darstellung der von den Geschlechtskrankheiten drohenden Gefahren in Ausstellungen zu erreichen sei. Das National-Hygienemuseum Dresden und die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unternahmen es daraufhin, ihre verfügbaren Kräfte und Mittel in dieser Richtung einzuführen und zunächst für Dresden eine Ausstellung in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gezeigt.

Die Herausführung eines Chorwerkes von Paul Graener.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Berliner Philharmonische Chor hat in einer Sonderaufführung ein neues Werk Paul Graeners, betitelt "Wieviel Vogelzug", für Soli, Chor und Orchester zur Herausführung gebracht. Den Text bildet die gleichnamige Ballade von Villeneuve. Bei seiner Vertonung hat sich Graener zu einer etwas zu weit gehenden Verstärkung verleitet lassen. Es kommt erst ganz zum Schlus eine wirkliche aufsteigende und breiende Arie in die Flut. Bis dahin empfindet man das Ganze mehr als eine Aneinanderziehung verhältnismäßig kleiner, jedoch durchaus charaktervoller Perlen. Jedemfalls ein Werk, das man gern kennen gelernt hat. Die Blätterausführung, die ihm Meister Siegfried Ochs auftritt werden sehr trug nicht wenig dazu bei, daß der Komponist sich dem Publikum zeigen und den freundlichen Beifall entgegennehmen konnte.

Der Erfinder des Porzellans, Johann Friedrich Böttger, starb vor 200 Jahren, am 18. März 1719 in Meißen. Ein abenteuerliches, vom Glück begünstigtes Leben fand einen vielleicht durch zufällige Lebensweise des Erfolgsgekrönten frühen Abschluß. Als "Goldmacher" war er auf der Flucht aus Berlin nach Dresden gekommen, hatte, von dem immer gelbdürdigen August dem Starken gefördert, nach vielen alchimistischen Experimenten aus der roten Tonerde von Okolla bei Meißen und endlich unter Benutzung der weißen Tonerde von Aue das Porzellan 1709 hergestellt und lebte dann als Leiter der Meißner Manufaktur noch zehn Jahre in Saud und Braus, so daß er die Ausbildung seiner Erfindung geförderte.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Zur Eröffnung der Dresdner Ausstellung.

Bon Dr. Voith, Museumsdirektor.

Wenn wir rückblickend den Krieg auf die ihn kennzeichnenden großen Tatsachen untersuchen, muß uns auffallen, wie wenig sein Verlauf und das öffentliche Leben in der Kriegszeit durch Seuchen beeinflußt worden sind. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß die hygienische Willenshaft in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gezeigt.

Das ist ab sofort von 8-11 und von 11-12 Uhr.

Reichstrasse 6

Rechtsanwälte ab.

Dr. von Holst,

Rechtsanwalt für Frauen-Frauenheiten.

Ich habe mich in Dresden

als Rechtsanwalt

wangeflossen. Meine Kanzlei befindet sich

Johannestrasse 23, II.

Beratungsrecht 22778.

Montags 4-6 Uhr nachm., Sonntags 2-3 Uhr.

Dr. Gerhard Poede.

Geläufigkeit.

Die Sitzung 4. Klasse 174. Landeslotterie

Dresden

am 14. und 15. März

dieses Jahres

Die 5. Klasse 174. Landeslotterie wird planmäßig

am 2. bis 30. April d. J. gezogen.

Ergebnis am 11. März 1919.

Die Lotteriedirektion.

25,34 Fm. Laub-Hutzhölz

der Stadtgemeinde Dohna

gegen höchste Gebot zu verkaufen.

Bei der früher Dresdnerischen Schneidemühle:

21. Gehen,	10-31 cm llt.	1,40-6,10 m kg.	mit 2,78 Fm.
22. Gehen,	22-38	2,00-7,00	5,60
23. Riesen,	12-24	1,90-4,60	1,05
24. Kinder,	55	0,90	2,14
25. Kinder,	25-44	1,40-3,20	0,89
26. Weißbuch,	15-22	2,50-3,40	0,16

Bei der Kirchstraße:

27. Gehen,	10-42 cm llt.	2,50-7,80 m kg.	mit 7,98 Fm.
28. Gehen,	10-21	3,80-6,50	1,97
29. Weißbuch,	10-32	3,00-6,50	1,73
30. Kinder,	26-37	5,00-5,00	0,87
31. Kinder,	18-27	2,90-4,60	0,29

Auswahl unter den Wettbewerben bei Ablieferung Mindestpreis.

Gebote bis 17. März erbeten an

Bürgermeister Lincke, Dohna.

Klein-Auto, Type Opelpappchen

oder ähnlich, leichtes Modell, nur gut erhalten, vierzylindrig, in modernster Ausführung, mit allem Zubehör, laut Strubel, Blasewitz, Friedrich-August-Straße 35.

Leiterwagen, sehr stößig gebaut, konkurrierend billig, auch als Kastenwagen lieferbar, lieferbar, wöchentlich bis 150 Stück, Preis:

24. 3 4 5 6 7 8.

40,80 46,80 51,60 58,80 64,80 70,80 DM

(als Kastenwagen entsprechender Auftrag).

Bei bejedem durch: "Arena", Industrie u. Handelsdorf, Dresden, Blasewitz, 14, Eingang Laden, Blasewitzstr.

Beratungsrecht 18272.

Lämmer-Auktion.

Am Dienstag den 18. März vormittags 9 Uhr

sollen in der Schäferei Rosengarten ab.

70 Lämmer

weilhaftig gegen Barzahlung und gegen Abgabe der Wiederkäuferrechte versteigert werden.

b. d. Dresdnerische Güterverwaltung

Mittergut Raiten.

Verkauf.

Geschnittener einjähriger schöner

Ziegenbock

zu verkaufen.

J. J. Otto, Landwirt, Seiffenheimsdorf 75.

1 Paar erstklassige braune Wagenpferde,

Würtz. 1,65 cm hoch, leben preisw. zum Verkauf.

Schönes Spanische Reitpferd, Werdensdorfstr. 39.



Ein Transport

4, 5 u. 6 jähr. Belgier, Dänen und Oldenburger Geschäftspferde und Mutterpferde steht unter Garantie zum Verkauf bei

Georgsberger, Dresden, Peterstraße 7. Tel. 21612.

Wagenpferde

ein Paar spanische möglichst dunkelfarbige Oldenburger, für leicht. u. schweren Zug, aus Oldenburger zu kaufen gekauft. Preis gering, ein wenig gebraucht.

Jugendwagen, dunkle Farbe. Offerten erh. unter A. 2019 Exp. d. Bl.

Pferde-verkauf.

2 Pferde 4 u. 5 j. für leicht. Fahrwerk passend,

3 Pferde 4 j. leicht. u. schweren Zug, sind zu verkaufen.

Fleischerei-Pfefferkappel.



Schlachtpferde

für schwere Zug, möglichst

schwarze, dunkle Farbe.

Preise & Co.

Seiffenheimsdorfstr. 50.

großes Wallach

gutes, kräft. Rbd. u. Wagen-

pferd, verkauf. Kötter,

Strobl bei Großenhain.

1 Paar braune Wallach

gutes, kräft. Rbd. u. Wagen-

pferd, verkauf. Kötter,

Strobl bei Großenhain.

Kronenmehl und Krautengebäck.

für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung wie folgendes bestimmt:

§ 1. Im Gebiet zum Handel mit Kronen-Mehl sowie zur Herstellung und Abgabe von Krautengebäck nach der Bekanntmachung vom 6. Februar 1919 zulässigen Bäckereibetrieben stehen folgende Vereinbarungen fest:

1. Stadt Dresden.

So wie oben aus:

6. Stadtbezirk: Wohlleben, Schönleinsstraße 15.

7. Stadtbezirk: Schindler, Leipzigerstraße 8,

Rath, Tiefenstraße 22,

Görlitz, Marschallstraße 48.

8. Stadtbezirk: Zollnitz, Flemmingstraße 16,

Häbler, Jakobsgasse 18.

9. Stadtbezirk: Wolle, Schönerstraße 51.

10. Stadtbezirk: Werner, Wintergartenstraße 31.

11. Stadtbezirk: Nöhvel, Direktstraße 106.

12. Stadtbezirk: Jäger, Leipziger Straße 152.

13. Stadtbezirk: Härtwig, Zwölferstraße 2.

14. Stadtbezirk: Neubert, Hermannstraße 3.

15. Stadtbezirk: Richter, Bünaustraße 22,

Dennis, Voigtstraße 13,

Birnstein, Voigtstraße 27.

16. Stadtbezirk: Wirth, Königstraße 32.

17. Umlaufbauteile Dresden-Neustadt.

So wie oben aus:

alle mit Bekanntmachung vom 6. Februar 1919 neu bestimmt.

Neu bez. anderweitig zugelassen werden:

1. Blaiberg: Ulrich Hiltner, Richard Berger, Max-

milian Nade, Gustav Lorenz.

2. Gründorf: Martin Freyzel.

3. Glashütte: Hermann Wogenstern, Bruno Sellitz,

Walther Böhme.

4. Rötha: Reinhold Schwind, Paul Wildner.

5. Borsdorf: Ernst Nehlig.

6. Görlitz: Bruno Gaubert.

7. Elsterwerda-Wörmlitzburg: Julius Steinbrecher.

8. Kötzschenbroda: Otto Riehling, Wilhelm Weideling,

Hugo Stegmann.

9. Kötzschenbroda: Bruno Dietrich, Hermann Franz,

Max Siegel.

10. Döbeln: Oskar Rohde, Georg Höfmann.

11. Radeberg: August Wendel, Bruno Strehling.

12. Rausa: Franz Aloisius, Arthur Opp.

13. Leubnitz: Otto Stegmaier, Paul Urban, Bruno Reich.

14. Riesa: Otto Wolf.

15. Rötha: August Arnsdorf, Hermann Möller.

16. Niederlößnitz: Kurt Haupt.

17. Niedersedlitz: Ernst Thomas.

18. Pillnitz: Otto Wendisch.

19. Oberlößnitz: Max Schneider.

20. Ottendorf: Richard Wölke, Gustav Böttner.

21. Niedersedlitz: Hermann Brüder, Gustav Wulfhild,

Fritz Nicola, Paul Wohlfeil.

22. Nähnitz-Sellerau: Otto Jäne, Hugo Goldsch.

23. Niedersedlitz: Richard Schmitt.

24. Nossen: Friedrich Rander.

25. Niedersedlitz: Friedrich Papst.

26. Weißig: Paul Hauff.

27. Weißig: August Thonig.

28. Weißig: Max Brandt.

29. Zöschen: Otto Brandt.

30. Amtsbehörden Dresden-Altstadt.

Die mit Bekanntmachung vom 6. Februar 1919 zugelassenen Bäckereibetriebe bleiben unverändert bestehen.

§ 2. Zuweichhandlungen werden nach § 10 der Bekanntmachung vom 25. September 1918 bestraft.

Dresden, am 12. März 1919.

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Erlauchte Herrn

Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.



Die unbestimmte, uns am 20. Dezember 1918 erstellte lebenslängliche Nachricht ist leider zur traurigen Geschichte geworden, daß unter innigsterliebster, herzensguter, hoffnungsvoller, braver Sohn, Bruder, Schwager und Freunde, der Geistreite

Georg Kunze

nach dreißigjähriger treuerer Pflichtfüllung im blühenden Alter von 21 Jahren am 14. Okt. 1918 gestorben ist. In tiestem Schmerz

Familie Friedrich Kunze,
Dresden, Poststraße 18.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die schwerliche Nachricht, daß mein lieber und treuherziger Mann, Onkel und Großvater, ber. Maler

Albert Helferling

am 8. März an Herzschlag im 68. Lebensjahr fast verstorben ist.

Auf Wunsch des Dahingestorbenen wird dies erst nach der Endlicherung bekanntgegeben.

Dresden, den 12. März 1918.

In tiefer Trauer

Paula Helferling.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Gott unsere herzensliebe

Hanni

im Alter von 6 Jahren nach schwerem Seelen zu sich gerufen hat.

Schmetterlingsflügel

Die trauernde Familie Kantreck,

Güterbahnhofstraße 18. v.

Die Beerdigung findet Freitag um 3 Uhr auf dem

äußersten katholischen Friedhof statt.

Nach langem, schwerem Leiden entstieß heute im 71. Lebensjahr mein herzensguter Sohn, unter treuherziger, innigsterliebster Soester, Schwieger- und Großvater, unter lieber Bruder, Schwager und Onkel

Herr

Karl Arno Nollain

Ober-Gaboholzvorsteher i. R.,
Inhaber des Cäcil. Verdienstordens
(Veteran v. 1870/71).

In tiefer Trauer

Antonie von Nollain

geb. Fischer.

Familie Gentzsch und Nollain.

Stein-Schachtel, Dresden
und Weinberg i. Sa., am 11. März 1918.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 15. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus auf dem Friedhof zu Klein-Schachtel statt.

Statt besonderer Anzeige.

Heute verschied fast nach langerem schwerem Seelen unsere geliebte Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Frau

Thekla von Heldreich

geb. Uhlig

Im hohen Alter von 88 Jahren.
Gott gebe ihr gute Ruhe nach arbeitsreichem Leben.

Bellwitz bei Zöblitz, Sa.,

am 10. März 1918.

Für die trauernden Hinterbliebenen
Georg von Heldreich.

Beerdigungsfreitlichkeit Freitag den 14. März,
nachmittags 11½ Uhr, in der Kirche zu Rautenkirch
bei Zöblitz. Etwa zugesetzte Beerdigungsfeiern
werden dankend abgelehnt.

Statt Karten!

Für die Beweise der Teilnahme durch Wort,
Schrift, Blumenschmuck und Begleitung bei dem
Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des

Herrn Kammermusikus a. D.
Hermann Strauß

Legen wir herzlichen Dank. Wir danken
besonders den Mitgliedern der Musikkapelle
Kapelle des Landestheaters, des Konzertvereins
und des Allgemeinen Musikvereins.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen, die durch ihne Hilfe bei dem
möglichen Fall, wie auch am Begegnungsstage des
Herrn Robert Häntzschel
sehr ehrlich und teilnehmend bewiesen, legen
mir hierdurch unseres herzlichen Dank.

Dresden, Wanzenstein und Saalen,

im März, 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Lehrführungen, Beerdigungen Feuerbestattungen

Übernehmen in jeder gewünschten Ausführung
auch aus allen Krankenhäusern,
Pflegeanstalten, Kliniken und
Vereins-Lazaretten die

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Am See 26 Bautzner Straße 27

Fernspr. 20157. Fernspr. 25001.

Ankünfte und Kostenanschläge unentbehrlich!

Vorloren gold. Halzkette

Dienstag abend Gewerbe-
haus (Vibil. Konzert). Geg.
hohe Belohnung abzugeben
in Pension Jim, El-
denstraße.

Offizier,

26 J. alt, gr. Stattl. vorn.
Erscheinung, verträgl., ein-
wandfreier Charakter, leicht
triegsbereit, der mehrere
Sem. Jura studiert hat und
von Haus aus mit d. Stand-
werte vertraut, sucht Se-
familiisch junger Dame mit
größtem Verstand zwecks
Heirat. Einheirat in groß-
oder mittleres Gut (Witwe
nicht ausgeschlossen) angeboten,
zusammen mit Bild und Unter-
stützung Kreisler Ber-
wiegung, erh. u. N. 6130
Borsigau Baumann Str. polit.

Jgl. 24 J. sucht Bettich
mit anst. Herrn, zwecks
Heirat.

Nur ernstgem. Offerten u.
W. O. P. 66 an die
Exped. d. St. Nadeberg.

Behufs Heirat

wünscht jung. Herr, 25 J. alt,
die St. ein. ig. Dame. Ein
von Beruf Mediziner und
möchte gern in Gestalt eins-
heiraten. Witwe mit Kind
nicht ausgeschlossen. Off. u.
D. 2682 Exped. d. St. erh.

Heirat.

Ge. Angeb. mögl. m. Bild,
nat. Z. 300 an Haasenleitn.
& Vogler, Dresden, erbeten.

Landwirt,

53 J. alt, St. e. empfert.
Gutes in Dobbeln Gegend,
Verm. 65 000 A. wünscht
wieder glückl. zu verheiratet,
würde auch verlaufen u. in
größ. Gut einver. Heirat
auf. St. Schul. ob. Witwen, ev.
angem. Alters, woll. m. Off. L. u. M. N. 100
Haasenstein & Vogler, Meilen

Wittn. Pro. Mitt. 40,
mit zw. Töchtern u. 100 000
Mark Vermög. sucht zwecks
Heirat die Bekanntlich. e.
vermögl. Dame, am liebsten
ohne Anh. Vertragswegen,
Angeb. u. zw. Erbg. Kindern,
mehr. mit zw. Angeb. v.
E. 2683 a. d. Exp. d. St.

Landwirt

Gutl. gebild. Gut-
besitzerstochter, 22 J. alt,
von gut. Erscheinung, lieb-
haft, witzig, sehr klug,
mindest. auch Bekanntheit
mit gebildetem, vermögl.
Landwirt von gr. idyller.
Statut, bis 35 Jahre alt,
zwecks Heirat.
Vermittlung steng. verb. Off.
erh. u. C. E. 680 Exp. d. St.

Landwirt

Gutl. gebild. Gut-
besitzerstochter, 22 J. alt,
von gut. Erscheinung, lieb-
haft, witzig, sehr klug,
mindest. auch Bekanntheit
mit gebildetem, vermögl.
Landwirt von gr. idyller.
Statut, bis 35 Jahre alt,
zwecks Heirat.
Vermittlung steng. verb. Off.
erh. u. C. E. 680 Exp. d. St.

Heirat.

Rauhmann vermögl. Rel.
Offizier, wünscht sich mit
liebhaber. Dame glücklich zu
verheiraten. Röhres erhielt
Fern. Elias, Vittoria-
straße 14. II. Ober-
mittlung. Begündet 1897.

Heirat.

Rauhmann vermögl. Rel.
Offizier, wünscht sich mit
liebhaber. Dame glücklich zu
verheiraten. Röhres erhielt
Fern. Elias, Vittoria-
straße 14. II. Ober-
mittlung. Begündet 1897.

Heirat.

Rauhmann vermögl. Rel.
Offizier, wünscht sich mit
liebhaber. Dame glücklich zu
verheiraten. Röhres erhielt
Fern. Elias, Vittoria-
straße 14. II. Ober-
mittlung. Begündet 1897.

Heiratsanträge

über Ruf. Vermögl. Fam. v. m.
Kunst. Obj. Gesellschaft 14.

Schreibmaschine

mit sichtbarer Schrift lautet
H. Rückwaldt,
König-Albert-Straße 28.

Teppich

aus Privat zu kaufen ge-
sucht. Off. mit Ang. von
Größe und Preis unter
D. B. 3807 an Rudolf
Mose, Dresden.

Haare!

Tücht., nicht untermög.
Rauhmann, von vornehm.
Gesinnung, in Itali. Erzieh.,
als Gelegenheit geboten, in
ein gutfund., lang. begeh.
Manufaktur einzugehen.

Werk. Dame, 22 J. alt, ist
von engenb. Neub., lieb.
Wesen u. geschickt. Ausg.
Angeb. u. C. D. 579 an die
Exp. d. St. — Vermittler

Gläsern. Einheitspreis

zu verheiraten.

Off. mit näheren Angaben
unter V. 2675 Exp. d. St.

Abgabe gesucht.

Rebstoffverwertung

G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Mainzerlandstr. 181.

Verantwortet Hanja 3887.

Haare!

ausgezeichnetes Frauenhaar,
alte Jüpie, kg 20 A. ge-
sucht. Vierdecksell. kg

26 A. Mähnen. u. Wiede-
wirch. kg 14 A. Vierde-
wirchhaar kg 1 A. gewahlt.

Aufschw. kg 14 A. lauft

Haar-Messe,
Schloßstr. 19. Fernspr. 27467.

Haare!

ausgezeichnetes Frauenhaar,
alte Jüpie, kg 20 A. ge-
sucht. Vierdecksell. kg

26 A. Mähnen. u. Wiede-
wirch. kg 14 A. Vierde-
wirchhaar kg 1 A. gewahlt.

Aufschw. kg 14 A. lauft

Poko-

Frankiermaschine

noch über gebraucht,
 sofort zu

kaufen gesucht.

Rebstoff Rüting

Udo. Grotta,
Dresden-Mitte.

Pianino

zu kaufen geplant. Angeb.

mit Angabe des Bediensteten

Udo. Grotta, S. 19. Fernspr. 2612.

Ein-eisern. Tor

zu kaufen gesucht. Höhe

3 m. Breite 2 m. Breitig.

Ang. m. Preis an Schnell-
meister Helmuth, Tanne-
berg, Dresden, erbeten.

Brillant, Gold, Silber,
Perlen.

Perlenketten faucht zw.

William Lager Jr., Schlesier.

Eine alte Wärmflasche

aus Stoff, auch defekte, und
andere alte Stoffstücke.

Angeb. u. zw. Preis. Angeb.

u. B. W. 574 an die Exp. d. St.

Alte Tassen

alte Teller, 50er, ausländische

Gold- u. Silbermünzen faucht

jedes Quant. zu höchst. Preis.

M. Haupt,
Friedrichstraße 17, II.

Waren aller Art

kauf und erbitte Un-
gebote unter Z. 159

